



<https://biz.li/3wzx>

BÜNDNISGRÜNE FORDERN GEDENKSTEIN

Veröffentlicht am 07.06.2021 um 17:00 von Redaktion LeineBlitz

"Die Stadt Sarstedt wird ein Gedenkstein an der Wendeschleife der Stadtbahnlinie 1 errichten, um an jene jüdischen Bürger Sarstedts zu erinnern, die Anfang 1942 deportiert wurden" Diesen Antrag hat die Fraktion der Bündnisgrünen im Rat der Stadt Sarstedt an Bürgermeisterin Heike Brennecke gestellt.. "Dieses Mahnmal soll darüber hinaus vor Antisemitismus, Rassismus, religiöser Verfolgung und sexueller Diskriminierung mahnen. Zudem soll jährlich eine Gedenkveranstaltung von der Stadt Sarstedt in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftspolitischen Parteien und Verbänden sowie den religiösen Kirchen und Verbänden durchgeführt werden, auf der an die deportierten Mitbürger und Mitbürgerinnen erinnert werden.

Dabei sollen auch die aktuellen Entwicklungen im Bereich Antisemitismus, Rassismus, religiöser Verfolgung und sexueller Diskriminierung von der Stadtverwaltung im landesweiten Kontext darlegt werden", steht im Antrag der Bündnisgrünen. Die Begründung: Anfang 2022 jährt sich zum 80. Male die Deportation der jüdischen Bürgerinnen und Bürger Sarstedts. Dieser Akt der Barbarei stellte den Höhepunkt der Verfolgung und Diskriminierung der jüdischen Minderheit in Sarstedt dar. Auch in der Reichspogromnacht beteiligten sich Bürger aus Sarstedt, die in der NSDAP und in deren Unterorganisationen organisiert waren. Sie verwüsteten jüdische Wohnungen. Den Friedhof der jüdischen Gemeinde schändeten diese Barbaren ebenfalls. Die Deportation erfolgte mit der Hilfe der Straßenbahn. Damit war für jeden Bürger und jeder Bürgerin dieser Stadt ersichtlich, in welche Phase die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung eingetreten ist. Die Beteiligung der Bevölkerung im Deutschen Reich an der Judenverfolgung war nicht nur passiv. Der Antisemitismus wurde von großen Teilen der Bevölkerung geteilt und ebenso aktiv unterstützt. Der Antisemitismus hat in den zurückliegenden Jahren wieder in unerträglichem Maße zugenommen. Übergriffe auf jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen, Schändung jüdischer Einrichtungen und die Hetze im Internet gegen das Judentum kann nicht als eine Übergangserscheinung hingenommen werden. Es gilt herauszustellen, dass es sich um einen kontinuierlichen Hass auf eine Minderheit in unserer Gesellschaft handelt, der sich immer mehr Bahn bricht. Dem müssen sich die demokratischen Parteien und Organisationen entgegenstellen und für eine offene, pluralistische Gesellschaft eintreten, damit keine Minderheit - welcher Couleur auch immer - jemals wieder verfolgt wird.

